

Bündner Gewerbeverband

Unione grigionese delle arti e mestieri
Uniun grischuna d'artisanadi e mastern

Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft



Medienmitteilung

Einmal Ja und zweimal Nein: Die BGV-Parolen vom Juni 2016

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbands hat die Parolen zu den kommenden Abstimmungen vom 5. Juni gefasst: Er stimmt der Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» klar zu und lehnt die beiden Initiativen «Pro Service Public» sowie «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ab.

Am 5. Juni gelangt die eidgenössische Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» zur Abstimmung. Für den Bündner Gewerbeverband (BGV) ist die Initiative eine Chance, um der Zweckentfremdung von Strassengeldern einen Riegel zu schieben. Die Initiative sorgt für eine konsequentere Einhaltung des Verursacherprinzips und trägt zur Kostentransparenz im Strassenwesen bei, indem der gesamte Ertrag aus der Mineralölsteuer der Strasse zugutekommt. So ist sichergestellt, dass genügend Mittel für dringend benötigte Investitionen in die Strassenverkehrsinfrastruktur vorhanden sind. Bestehende sowie künftige Engpässe im Strassenverkehr können dadurch rasch beseitigt werden, wovon nicht zuletzt auch der öffentliche Verkehr profitiert. Die volkswirtschaftlich schädlichen Stautunden werden so reduziert.

Grundeinkommen: ideologische Utopie

Ohne Chancen bei der Verbandsleitung blieb hingegen die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Nach dem Willen der Initianten würde dieses unabhängig von einer Erwerbstätigkeit, von Alter, Vermögen oder Gesundheitszustand ausbezahlt. Die Initiative will unsere Gesellschaft einem utopischen und grundlegenden Wertewandel unterziehen. Für den BGV ist klar, dass sich diese radikale Neuinterpretation unseres Gesellschaftsvertrags aber keinesfalls staatlich verordnen lässt. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen der Initiative sind desaströs, soweit sie überhaupt abschätzbar sind. Zudem wäre das bedingungslose Grundeinkommen schlicht nicht finanzierbar. Bei dieser Initiative kann man kaum von einem konstruktiven Vorschlag sprechen.

Mehr Wettbewerb im Service Public

Auch die Volksinitiative «Pro Service Public» stösst beim Bündner Gewerbeparlament auf wenig Gehör. Zwar sind insbesondere Gewerbetreibende auf ein funktionierendes, effizientes und kostengünstiges Dienstleistungsangebot der Grundversorgung angewiesen. Der BGV erachtet das mit der Initiative geforderte Gewinnverbot sowie die Lohnbeschränkungen für (halb-)staatliche Unternehmungen aber als untaugliches Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Anstatt den Service Public zu stärken, würde die Initiative stattdessen verkrustete Strukturen und überhöhte Tarife für qualitativ mangelhafte Dienstleistungen fördern, weil sie die unternehmerischen Freiheiten unnötig einschränkt und falsche Anreize für staatliche Unternehmen schafft.

Alle Parolen des BGV im Überblick:

1. Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» **JA**
2. Volksinitiative «Pro Service public» **NEIN**
3. Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» **NEIN**
4. Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz; FMedG) **keine Parole gefasst**
5. Änderung des Asylgesetzes (AsylG) **keine Parole gefasst**

Chur, 4. Mai 2016

Auskunftsperson:

Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband, Tel. 081 257 03 23 oder 079/221 29 83